

Historische und soziologische Gesetzmäßigkeiten der institutionellen Verselbstständigung: Eine Analyse der Repressionsdynamik von der Französischen Revolution bis zur modernen "wehrhaften Demokratie"

1. Einleitung: Die Systematik des institutionellen Autokannibalismus

Die Beobachtung, dass politische und institutionelle Methoden, die in bestimmten historischen Epochen zur Sicherung von Macht, Ideologie oder Demokratie entwickelt wurden, sich im Laufe der Zeit unweigerlich gegen ihre eigenen Schöpfer wenden, beschreibt keine historische Anomalie, sondern eine tiefgreifende soziologische und politikwissenschaftliche Gesetzmäßigkeit. Das geflügelte Wort "Die Revolution frisst ihre Kinder", das auf den französischen Revolutionär Pierre Vergniaud zurückgeht und durch Georg Büchners Drama *Dantons Tod* unsterblich gemacht wurde, fängt den Kern dieses Phänomens prägnant ein.¹ Das Paradoxon, die Meinungsfreiheit einzuschränken, um die Meinungsfreiheit zu schützen, oder demokratische Rechte zu beschneiden, um die Demokratie zu retten, ist das Fundament einer fatalen institutionellen Eigendynamik.

Gegenwärtige Debatten über die Beschneidung demokratischer Rechte, die Ausweitung staatlicher Überwachung, die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Sanktionierung von Andersdenkenden in Deutschland und Europa werfen unweigerlich die Frage nach der Systematik solcher Entwicklungen auf.⁴ Eine profunde historische, verfassungsrechtliche und soziologische Auswertung zeigt, dass der Prozess der institutionellen Verselbstständigung – bei dem Kontrollapparate eine eigene autopoietische Logik entwickeln und letztlich auch diejenigen erfassen, die sie initiiert oder toleriert haben – in formalisierten Herrschaftssystemen nahezu unausweichlich ist.⁷

Diese Entwicklung lässt sich in der Soziologie als "Bumerang-Gesetz" (Law of the Boomerang) oder als institutioneller Autokannibalismus beschreiben.¹¹ Sobald ein politisches System geschaffen wird, das fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien zugunsten eines vermeintlich höheren moralischen oder politischen Zwecks – wie etwa "nationale Sicherheit", "Schutz der wehrhaften Demokratie" oder "revolutionäre Tugend" – aufweicht, unterliegt dieses System einer unaufhaltsamen Expansionslogik.¹⁴ Die Parameter dessen, was als Bedrohung definiert

wird, erweitern sich kontinuierlich, bis die Definition auch die Architekten des Systems selbst einschließt.¹⁰

Der vorliegende Bericht analysiert diese Gesetzmäßigkeit erschöpfend. Beginnend mit den historischen Paradigmen der Französischen und Russischen Revolution werden die soziologischen und politologischen Mechanismen (wie die Theorie der Eigendynamik, das Eiserne Gesetz der Oligarchie und die Repressive Toleranz) dekonstruiert.⁷ Darauf aufbauend wird evaluiert, inwiefern diese historischen Mechanismen die gegenwärtige politische Realität in westlichen Demokratien, insbesondere im Kontext der "wehrhaften Demokratie", des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) und der europäischen Digitalgesetzgebung (DSA), unumkehrbar strukturieren.²⁰

2. Historische Paradigmen der sich selbst verzehrenden Systeme

Um die Systematik von Repressionsdynamiken zu verstehen, ist ein detaillierter Blick auf historische Präzedenzfälle unerlässlich. Sie verdeutlichen, dass die Radikalisierung von Kontrollmethoden nicht an spezifische politische Ausrichtungen gebunden ist, sondern einer strukturellen Logik der Entgrenzung folgt. Sobald rechtliche Hürden abgebaut werden, um Feinde effizienter zu bekämpfen, verschwindet auch der Schutzraum für die eigenen politischen Kader.

2.1 Die Französische Revolution und das Gesetz vom 22. Prairial

Die Französische Revolution liefert das klassische und namensgebende Beispiel für die Selbstzerstörung ideologischer Eliten und die Verselbstständigung des staatlichen Gewaltmonopols. Die Etablierung des Wohlfahrtsausschusses unter Maximilien de Robespierre und die Errichtung des Revolutionstribunals setzten die 1789 verkündeten Menschen- und Bürgerrechte faktisch außer Kraft, um die Revolution vor ihren inneren und äußeren "Feinden" zu schützen.¹⁴

Der Kulminationspunkt dieser institutionellen Verselbstständigung war das sogenannte Prairial-Gesetz (Gesetz vom 22. Prairial, 10. Juni 1794).²⁴ Dieses Gesetz radikalisierte den Terror systematisch und hob jegliche verbliebenen rechtsstaatlichen Garantien auf: Es beschränkte die Verhandlungen vor dem Revolutionstribunal auf maximal drei Tage, schaffte das Recht der Angeklagten auf Verteidiger ab, ließ moralische Überzeugungen und das "gesunde Volksempfinden" anstelle von stichhaltigen Beweisen zu und kannte als einziges Strafmaß die sofortige Todesstrafe.¹⁴ Der Terror wurde nicht mehr juristisch, sondern rein administrativ verwaltet.

Die Logik dieses Gesetzes wandte sich unmittelbar gegen seine Schöpfer. Georges Danton, der selbst maßgeblich zur anfänglichen Radikalisierung und zur Errichtung des Tribunals beigetragen hatte, wurde Opfer ebendieser Maschinerie, nachdem er eine Mäßigung des Terrors gefordert hatte.²⁶ Auf dem Weg zum Schafott prophezeite Danton Robespierre bekanntermaßen am Haus der Duplays, dass dieser ihm bald folgen werde.²⁶ Indem Robespierre die Justiz durch das Prairial-Gesetz vollständig der politischen Moral und seinem

Ermessen unterwarf, beseitigte er jeden institutionellen Schutzraum.² Nachdem er Danton, seinen einstigen Weggefährten, hinrichten ließ, isolierte sich Robespierre moralisch und politisch vollständig. Die verbliebenen Abgeordneten im Nationalkonvent sahen ihn nun nicht mehr mit Respekt an, sondern mit absolutem Terror.²⁶ Jeder dachte: Wenn er seinen besten Freund getötet hat, was wird er mir antun? ²⁶

Die logische und gesetzmäßige Konsequenz war der Thermidor-Aufstand. Aus reiner Todesangst schlossen sich die unterschiedlichen Fraktionen des Konvents zusammen und brachten Robespierre selbst unter das Fallbeil.¹⁴ Das System hatte seine Architekten ausgelöscht, weil die Schwellenwerte für die Definition des "Feindes" so weit gesenkt worden waren, dass letztlich niemand mehr den Kriterien der absoluten ideologischen Reinheit genügen konnte.

2.2 Der Große Terror in der Sowjetunion: Der Rotationszyklus der Geheimdienstchefs

Ein noch mechanischeres und systematischeres Beispiel für den institutionellen Autokannibalismus liefert die stalinistische Sowjetunion in den 1930er und 1940er Jahren. Der sowjetische Geheimdienst NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten), der für die Umsetzung des "Großen Terrors" (Jeschowschtschina) verantwortlich war, fraß seine eigenen Anführer in einem systematischen Rhythmus, der belegt, dass hochgradig bürokratisierte Unterdrückungsapparate eine tödliche Eigendynamik entwickeln.²⁸

Der NKWD führte auf Befehl der Parteiführung gigantische "Säuberungen" durch, die sich gegen die alte Garde der Bolschewiki, das Militär, die Intellektuellen und letztlich willkürlich gegen die breite Bevölkerung richteten. Schätzungen der historischen Forschung gehen von 700.000 bis 1,2 Millionen Todesopfern in dieser spezifischen Phase aus.²⁸ Das Muster der Selbstvernichtung an der Spitze des Apparats ist jedoch das prägnanteste strukturelle Merkmal dieser Epoche, in der die Erbauer des Terrors systematisch durch den Terror beseitigt wurden. Die folgende Tabelle veranschaulicht diesen Rotationszyklus der Vernichtung:

Führungsebene des NKWD	Amtszeit / Periode	Schicksal durch den eigenen Unterdrückungsapparat	Historischer Kontext und Mechanismen der Selbstanwendung
Genrich Jagoda	1934–1936	1936 entlassen, im dritten Moskauer Schauprozess angeklagt und 1938 vom eigenen Nachfolger (Jeschow) hingerichtet. ²⁹	Ihm wurde paradoxerweise vorgeworfen, bei den Säuberungen nicht aggressiv genug vorgegangen zu sein. Im Schauprozess wurden ihm absurde Taten angelastet, etwa der Versuch, seinen

			eigenen Nachfolger mit Quecksilber auf den Vorhängen zu vergiften. ³⁰ Er war ein Architekt des Gulag-Systems, das ihn vernichtete. ³¹
Nikolai Jeschow	1936–1938	Wegen sogenannter "Exzesse" entlassen, 1939 verhaftet und 1940 im Geheimen hingerichtet. Anschließend als Teil der sowjetischen Zensur aus allen offiziellen Fotos retuschiert. ²⁸	Bekannt als "Der blutige Zwerg". Trieb den Terror auf den absoluten Höhepunkt und richtete praktisch das gesamte sowjetische militärische Oberkommando hin. ³⁰ Stalin distanzierte sich schließlich von den massiven Kollateralschäden und machte Jeschow zum Sündenbock für das System, das er selbst befugt hatte. ²⁸
Lawrenti Beria	1938–1953	Nach Stalins Tod 1953 durch ein politisches Komplott im Politbüro verhaftet und nach einem Geheimprozess hingerichtet. ²⁹	Konsolidierte und verfeinerte das Gulag-System. Wurde letztlich von den eigenen Parteikollegen (insbesondere Nikita Chruschtschow) getötet, weil diese die allumfassende Macht seines Geheimdienstapparates fürchteten, den sie selbst jahrelang gestützt hatten. ³¹

Dieser Zyklus demonstriert eindrucksvoll die Eigendynamik totalitärer Kontrollmethoden. Wer einen Apparat aufbaut, der ohne rechtsstaatliche Garantien über Leben und Tod entscheidet, erschafft ein Machtvakuum der ständigen Paranoia. Die Instrumentalisierung des Rechts als bloßes Herrschaftsmittel erweist sich in der Rechtssoziologie als zweischneidiges Schwert

(double-edged sword): Wer die verfassungsrechtlichen Schranken niederreißt, um Feinde effizienter zu bekämpfen, verliert gleichzeitig den eigenen Schutz vor der Maschinerie, sobald sich die politischen Allianzen oder die Paranoia der Führungsschicht verschieben.¹⁶

2.3 Die Roten Khmer in Kambodscha: Der Terror als Basis fehlender Legitimation

Die soziologische Analyse des Regimes der Roten Khmer unter Pol Pot in Kambodscha zeigt einen weiteren Aspekt der Systematik auf. Der Historiker Henner Bultmann analysierte in seiner Monographie *Die Revolution frisst ihre Kinder*, dass die beispiellose Gewalt und der alles durchdringende Staatsterror der Pol-Pot-Clique nicht primär ideologischen oder rassistischen Motiven entsprangen, sondern einem fundamentalen doppelten Legitimationsdefizit geschuldet waren.³⁴

Die Roten Khmer, ursprünglich eine lose Koalition, die von König Sihanouk benannt wurde, kamen nahezu ohne breite Unterstützung der Bevölkerung an die Macht.³⁴ Um diese fehlende Herrschaftsbasis auszugleichen, konnte die Festigung der Herrschaft laut Bultmann nur durch die "Erschaffung von gänzlich neuen Untertanen" erfolgen.³⁵ Das Regime richtete sich gegen alle alten Strukturen – Familie, Religion, Privateigentum – und etablierte ein System der totalen psychologischen und physischen Kontrolle.³⁴

Die "pädagogische Gewalt" war allgegenwärtig.³⁴ Selbst die Vergabe von Speisen in kollektiven Kantinen und das Verbot, autark nach Nahrung in den Wäldern zu suchen, dienten als Mittel, um die absolute Unterwerfung unter den Willen der "Partei" (Angkar) zu erzwingen.³⁴ An die Stelle der familiären Autorität trat die Partei.³⁴ Die "Erschaffung des perfekten Sozialisten" wurde zum Selbstzweck der Herrschaftssicherung.³⁵ Letztlich scheiterte das Regime krachend, weil der Apparat in seiner Radikalität nicht nur die bürgerliche Gesellschaft, sondern auch die eigenen Kader verschlang. Die internen Säuberungen in Gefängnissen wie Tuol Sleng (S-21) zeigen, dass die permanente Suche nach Verrätern in den eigenen Reihen ein integrales Überlebensinstrument solcher Systeme ist.³⁴

3. Soziologische und Politologische Großtheorien der institutionellen Eigendynamik

Dass sich eingeführte Überwachungs-, Zensur- und Repressionsmethoden systematisch und geradezu naturgesetzlich gegen ihre Anwender oder Befürworter richten können, wird durch mehrere politikwissenschaftliche und soziologische Großtheorien fundiert gestützt. Diese Modelle belegen, dass die aufgeworfene Frage des Nutzers nach der Gesetzmäßigkeit solcher Entwicklungen klar bejaht werden muss.

3.1 Die "Anatomie der Revolution" nach Crane Brinton

Der US-amerikanische Historiker Crane Brinton formulierte 1938 in seinem Standardwerk *The Anatomy of Revolution* ein detailliertes Stufenmodell, das die Gesetzmäßigkeiten politischer Umstürze anhand der englischen, amerikanischen, französischen und russischen Revolutionen

kategorisiert.²⁷

Brintons Modell zeigt auf, dass revolutionäre Prozesse einer vorhersehbaren Pathologie folgen, die von anfänglicher Hoffnung in blanken Terror mündet. Die Analyse verdeutlicht, warum die Schöpfer einer Bewegung fast zwangsläufig ihren eigenen Methoden zum Opfer fallen.³⁷ Die Kernphasen stellen sich wie folgt dar:

1. **Herrschaft der Gemäßigten:** Nach dem Zusammenbruch des alten Regimes übernehmen gemäßigte Reformer die Macht. Sie haben hehre Ideale und machen vage Versprechungen von "Glück" und "Gerechtigkeit", scheitern aber rasch daran, die radikaleren Strömungen und die ungeduldige Basis zufriedenstellen.³⁶
2. **Der Triumph der Extremisten:** Die Macht wandert in einer systematischen Radikalisierungsspirale von den Gemäßigten zu zunehmend radikaleren Gruppen, bis schließlich extremistische Randgruppen (der sogenannte "lunatic fringe") die absolute Kontrolle übernehmen.²⁷ Die Gemäßigten, die einst die Methoden des Umsturzes legitimierten, werden als Verräter gebrandmarkt und vernichtet.
3. **Die Schreckensherrschaft (Reign of Terror):** Die Extremisten versuchen, in Rekordzeit den "Himmel auf Erden" zu erzwingen.³⁶ In dieser Phase wird der utopische Anspruch durch drakonische Repression durchgesetzt.²⁷ Abweichungen vom Ideal werden nicht toleriert; die Guillotine oder der Gulag werden zum Standardwerkzeug. In dieser Phase frisst die Revolution endgültig ihre eigenen Väter, da das revolutionäre Reinheitsgebot ständig verschärft wird.
4. **Die Thermidor-Reaktion:** Eine gesellschaftliche Erschöpfung durch den ständigen Terror führt zum Zusammenbruch des extremistischen Systems.²⁷ Oft endet dies in der Machtübernahme eines starken Diktators (wie Oliver Cromwell, Napoleon Bonaparte oder Josef Stalin), woraufhin ein pragmatischerer, aber in der Regel autoritärer Normalzustand eintritt, der die eigentlichen Ideale der Revolution beerdigt.²⁷

Brintons Analysen belegen eindrucksvoll, dass die Verselbstständigung von Methoden zur Erzwingung gesellschaftlicher Homogenität keine historischen Betriebsunfälle sind. Sie sind vielmehr systematische Phasen, in denen der Zweck ("der Himmel auf Erden") jegliches Mittel legitimiert und dadurch die Architekten der Veränderung selbst kriminalisiert.³⁸

3.2 Das Eiserne Gesetz der Oligarchie (Robert Michels)

Eine der robustesten Erklärungen für die strukturelle Entfremdung von Institutionen liefert der Soziologe Robert Michels. In seinem 1911 veröffentlichten Werk *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* formulierte er das "Eiserne Gesetz der Oligarchie".⁷

Die Kernthese besagt unmissverständlich: **"Wer Organisation sagt, sagt Oligarchie"**.³⁹

Michels postulierte, dass absolut jede Organisation – ganz gleich, wie radikaldemokratisch, basisdemokratisch, emanzipatorisch oder philanthropisch ihre ursprünglichen Intentionen sein mag – im Laufe ihrer Existenz unweigerlich straffe hierarchische Strukturen entwickelt, die von einer kleinen Elite dominiert werden.⁷

Die Ursachen hierfür sind rein struktureller und bürokratischer Natur und entziehen sich dem guten Willen der Akteure:

- **Komplexitätsbewältigung und Spezialisierung:** Die Führung einer modernen Organisation (sei es eine Partei, eine NGO oder ein Überwachungsapparat) erfordert Fachexpertise, kontinuierliche Präsenz und professionelle Verwaltung. Dies führt zwangsläufig zu einer Arbeitsteilung zwischen den "Vollzeit-Funktionären" an der Spitze und der breiten Masse an der Basis.⁷
- **Verschiebung der institutionellen Motivation:** Während eine Organisation in ihrer Gründungsphase noch primär durch ihren ideologischen Zweck angetrieben wird, wandelt sich die Motivation der Funktionäre im Zeitverlauf fundamental. Der Erhalt der Organisation, die Verteidigung der Ämter, der Ausbau der Budgets und die Sicherung des eigenen sozialen Status werden zum eigentlichen Hauptzweck, der den ursprünglichen Idealismus ablöst.⁷
- **Instrumentalisierung der Apparatemacht:** Um diesen Selbsterhalt zu sichern, nutzt die Elite den bürokratischen Apparat, um interne und externe Kritik zu marginalisieren. Kontrollmechanismen werden ausgehebelt, der Zugang zu Informationen wird monopolisiert, und Abweichler werden aus der Organisation gedrängt.⁹

Dieses eherne Gesetz ist von eminenter Bedeutung für die Beantwortung der Ausgangsfrage zur Zensur und zum Demokratieabbau. Wenn Regierungen oder zivilgesellschaftliche Bündnisse Behörden oder Wahrheitskommissionen schaffen, um etwa "Desinformation" oder "Hass" zu bekämpfen, entwickeln diese Entitäten nach Michels unweigerlich eine oligarche Eigendynamik. Ihre vorrangige Loyalität gilt nicht mehr dem abstrakten Konzept der Meinungsfreiheit oder der Demokratie, sondern dem Erhalt und der Ausweitung ihrer eigenen institutionellen Befugnisse und finanziellen Ressourcen.⁷

Diese strukturellen Drücke stellen nach Michels eine ständige Herausforderung für den Erhalt von Demokratien dar, da die Elite dazu tendiert, den Apparat für den Machterhalt zu "kapern" ("elite capture").³⁹ Forschungen zeigen, dass dieses Gesetz selbst in modernen, scheinbar dezentralen Systemen wie Wikipedia oder sogenannten Dezentralen Autonomen Organisationen (DAO) seine Gültigkeit behält.³⁹

3.3 Systemtheorie, Eigendynamik und die Logik der Feindbildproduktion

Diese mikrosoziologischen Beobachtungen werden durch makrosoziologische Systemtheorien (insbesondere in der Tradition von Niklas Luhmann) massiv gestützt. Jedes Teilsystem der Gesellschaft tendiert dazu, seine eigenen Grenzen zu ziehen, sich selbst zu erhalten und sich kontinuierlich zu reproduzieren.⁸ Ein politischer, administrativer oder juristischer Apparat, dessen einziger gesetzlicher Existenzzweck die Bekämpfung von Extremismus, Desinformation oder Hass ist, wird niemals seinen eigenen abschließenden Erfolg verkünden, denn dies käme einer institutionellen Selbstabschaffung gleich.

Stattdessen unterliegt ein solcher Apparat dem systemischen Zwang der fortwährenden **Feindbildproduktion**.¹⁰ Wie der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Dieter Senghaas in seinen Arbeiten zu Abschreckungssystemen aufzeigte, entwickeln Sicherheitsapparate eine gefährliche Eigendynamik.¹⁰ Äußere und innere Feindbilder dienen primär dazu, die

fortgesetzte Daseinsberechtigung und die stetige "Aufrüstung" der eigenen Behörde zu rechtfertigen.¹⁰ Wenn der offensichtliche, unstrittig strafrechtlich relevante Extremismus schwindet oder aus dem öffentlichen Raum weitgehend verdrängt wird, muss das System die Schwellenwerte für das, was als "Feind", "Hass" oder "Gefahr" gilt, zwingend senken, um weiterhin messbare Aktivitäten und Erfolge vorweisen zu können.¹⁰ Der Apparat sucht sich neue Betätigungsfelder, die immer tiefer in den legitimen demokratischen Diskurs hineinreichen.

In den Worten des einflussreichen und umstrittenen Staatsrechtlers Carl Schmitt, der sich intensiv mit dem Staat als rein technischer Verwaltungsmaschine auseinandersetzte, lässt sich dieser Moment pointiert zusammenfassen: "*Now the machine runs itself*" (Nun läuft die Maschine von selbst).¹⁵ Einmal gesetzlich etabliert, gehorcht die bürokratische Kontrollmaschinerie einer seelenlosen, technokratischen Logik. Sie entkoppelt sich vollständig von den hehren politischen Absichten ihrer ursprünglichen Schöpfer und exekutiert rein algorithmisch und bürokratisch ihr Programm – auch gegen jene, die sie programmiert haben.¹⁵

4. Die philosophische und ideologische Transformation der Diskurskontrolle

Um die aktuellen Einschränkungen der Meinungsfreiheit in westlichen Gesellschaften – das vom Nutzer beobachtete Phänomen, dass Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, um Meinungsfreiheit zu schützen – intellektuell zu begreifen, muss die zugrunde liegende philosophische Paradigmenverschiebung analysiert werden. Die klassischen liberalen Grundsätze der Aufklärung (wie die Gleichheit vor dem Gesetz, der freie Wettbewerb der Ideen und die strikte Neutralität des Staates) wurden in intellektuellen Diskursen zunehmend durch neomarxistische Konzepte der Kritischen Theorie abgelöst.

4.1 Das Paradoxon der Toleranz (Karl Popper)

Ein von Befürwortern schärferer Meinungsgesetze beinahe inflationär herangezogenes Konzept ist Karl Poppers "Paradoxon der Toleranz", das er 1945 im Exil in seinem Werk *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* formulierte.⁵² Popper postulierte, dass eine grenzenlos tolerante Gesellschaft letztlich von den Intoleranten ausgenutzt und zerstört wird.⁵² Daraus schlussfolgerte er, dass eine wahrhaft offene Gesellschaft das fundamentale Recht behalten müsse, im äußersten Notfall intolerant gegenüber der Intoleranz zu sein.⁵²

Popper bezog dies jedoch historisch sehr präzise auf faschistische und totalitäre Bewegungen, die den rationalen Diskurs von vornherein komplett ablehnen und stattdessen den Versuch unternehmen, ihre Argumente mit "Fäusten oder Pistolen" durchsetzen zu wollen.⁵² Der liberale Philosoph John Rawls betonte später in Anlehnung an Popper nachdrücklich, dass die Unterdrückung intoleranter Gruppen durch den Staat nur dann gerechtfertigt ist, wenn eine unmittelbare, konkrete und existenzielle physische Gefahr für die Verfassung, die Freiheit und die Stabilität besteht.⁵² Popper forderte niemals die präventive Zensur von bloßen Meinungen, solange diese im Rahmen des argumentativen Austauschs erfolgen.

4.2 Repressive Toleranz und die Neudefinition der Redefreiheit (Herbert Marcuse)

In der modernen politischen Praxis und Gesetzgebung wird Poppers Konzept jedoch fast immer durch die radikale philosophische Linse der Frankfurter Schule interpretiert, spezifisch durch Herbert Marcuses hochgradig einflussreichen Essay *Repressive Toleranz* aus dem Jahr 1965.¹⁹ Diese schleichende philosophische Verschiebung erklärt, warum moderne Gesellschaften heute dazu übergehen, drastische Methoden der Unterdrückung und Zensur als notwendige Akte der "Demokratisierung" zu legitimieren.

Marcuse argumentierte, dass die klassische, liberale Form der Toleranz in fortgeschrittenen Industriegesellschaften in Wirklichkeit zutiefst "repressiv" sei, da sie lediglich den herrschenden Status quo schütze und strukturelle Ungerechtigkeiten aufrechterhalte.¹⁹ Um wahre gesellschaftliche Befreiung zu erlangen, müsse die Gesellschaft daher eine **"diskriminierende Toleranz"** (discriminating tolerance) anwenden.¹⁹

Die Methodik dieser diskriminierenden Toleranz ist tiefgreifend antiliberal und bildet heute das theoretische Rückgrat moderner Identitätspolitik, der sogenannten Wokeness und vieler staatlicher Zensurpraktiken¹⁹:

- **Asymmetrische Richtung der Toleranz:** Toleranz darf laut Marcuses Theorie ausschließlich jenen Bewegungen entgegengebracht werden, die auf der Seite der gesellschaftlich "Unterdrückten" stehen. Gleichzeitig muss die Toleranz jenen radikal entzogen werden, die als "Unterdrücker" klassifiziert werden (was er primär als die Rechte, das Konservative, das Militär oder das kapitalistische Bürgertum definierte).¹⁹
- **Die Rechtfertigung der Vorbeugenden Repression (Precensorship):** Es genügt für Marcuse nicht, erst auf tatsächliche physische Gewalt zu reagieren. Die Gesellschaft muss Ideologien präventiv unterdrücken, die als potenziell repressiv gelten. Marcuse forderte explizit die Vorzensur ("precensorship") für Wörter, Meinungen und Bilder, die ein sogenanntes "falsches Bewusstsein" fördern und den Status quo stützen.¹⁹
- **Die Neudefinition von Gewalt:** Während das klassische Strafrecht scharf zwischen der Äußerung eines Wortes und der Ausübung physischer Gewalt trennt, erweitert die von Marcuse geprägte Kritische Theorie den Gewaltbegriff massiv. Diskursive Akte (sogenannte "discursive aggression" oder "Microaggressions") werden als tatsächliche psychologische oder strukturelle Gewalt umgedeutet. Dadurch werden staatliche Zwangsmittel, Kontensperrungen und strafrechtliche Verfolgung gegen bloße Meinungsäußerungen legitimiert.¹⁹

Dieser ideologische Unterbau führt in der zeitgenössischen politischen Praxis zu einer beispiellosen Doppelmoral ("Social Justice Double Standard"), die akademische Kritiker als **"vindictive tolerance"** (rachsüchtige Toleranz) bezeichnen.¹⁹ In diesem Konstrukt werden demokratische Werte und Toleranz nicht mehr als universelle Prinzipien verstanden, sondern paradoxerweise als öffentliche Tugend und gleichzeitig als private Waffe gegen politische Gegner eingesetzt.⁵⁴

Die folgende Tabelle vergleicht die fundamentalen Unterschiede beider Konzepte, die oft

fälschlicherweise in einen Topf geworfen werden:

Analytische Dimension	Karl Popper (Paradoxon der Toleranz)	Herbert Marcuse (Repressive Toleranz)
Primäres Ziel	Schutz des rationalen, friedlichen Diskurses und Erhalt der offenen Gesellschaft.	Umsturz des kapitalistischen Status quo und Befreiung marginalisierter Gruppen durch radikale Kritik.
Wann darf Zensur/Gewalt angewendet werden?	Ausschließlich im äußersten Notfall, wenn intolerante Gruppen die Ebene der Argumentation verlassen und physische Gewalt (Pistolen) anwenden.	Präventiv; bereits bei zirkulierenden Ideen, Worten und Bildern, die "Unterdrückung" manifestieren (Vorzensur ist geboten).
Universelle Anwendung?	Prinzipiell universalistisch. Die Regeln gelten für alle ideologischen Richtungen gleich.	Strikt asymmetrisch und diskriminierend (Absolute Toleranz für linke Bewegungen, aktive Intoleranz für politisch Rechte).

Genau an der Schnittstelle von Marcuses diskriminierender Toleranz greift die Gesetzmäßigkeit des Bumerangs: Da die Definition von dem, was als "progressiv" und "befreiend" gilt, sich im Laufe der Zeit durch immer neue Diskurse ständig radikalisiert, fallen Akteure, die gestern noch als progressive Vorreiter oder moderate Gemäßigte galten, heute unweigerlich unter die Kategorie der "Unterdrücker" oder "Privilegierten".³⁸ Laut Marcuses eigener Doktrin dürfen deren Meinungen dann nicht mehr toleriert werden.¹⁹ Die Revolution frisst hier nicht nur ihre Kinder, sie zensiert sie mit den philosophischen Argumenten, die diese Kinder selbst in die Welt gesetzt haben.

5. Das Gesetz der unbeabsichtigten Folgen und die empirische Messung der Repression

Dass Gesetze und Methoden, die in Zeiten vermeintlicher oder realer Krisen geschaffen wurden, sich systematisch gegen die Zivilgesellschaft und sehr oft auch direkt gegen ihre eigenen politischen Architekten wenden, ist in der modernen politischen Geschichte ein wiederkehrendes Muster. In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird dieses Phänomen unter dem Begriff "Gesetz der unbeabsichtigten Folgen" (Law of unintended consequences) umfassend diskutiert.⁵⁷

5.1 Fallbeispiel: Der USA PATRIOT Act und das Erwachen des Jim Sensenbrenner

Eines der eklatantesten modernen Beispiele für eine staatliche Befugnis, die sich der Kontrolle ihrer Erschaffer vollständig entzog, ist der *USA PATRIOT Act*, der unmittelbar nach den

Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten verabschiedet wurde.⁶¹ Das Gesetz sollte den Geheimdiensten notwendige Werkzeuge an die Hand geben, um internationalen Terrorismus zu verhindern. Es baute in Rekordzeit "die Mauer zwischen Strafverfolgungs- und Geheimdienstbeamten" ab und senkte die Hürden für Telekommunikationsüberwachung drastisch.⁶²

Der republikanische Kongressabgeordnete **Jim Sensenbrenner** war der rechtliche Hauptautor und der eifrigste Verfechter dieses Gesetzespakets.⁶² Über Jahre hinweg lobte er das Gesetz öffentlich als unverzichtbares Instrument der nationalen Sicherheit, das die USA erfolgreich vor weiteren Anschlägen bewahre.⁶² Doch die institutionelle Eigendynamik der Sicherheitsapparate nahm gnadenlos ihren Lauf: Durch extrem weite und vor der Öffentlichkeit geheim gehaltene Interpretationen der Sektion 215 des Gesetzes bauten die National Security Agency (NSA) und andere Geheimdienste eine gigantische Infrastruktur der anlasslosen, massenhaften Metadaten-Speicherung aller amerikanischen Bürger auf.⁶¹

Als diese Praktiken der Totalüberwachung im Jahr 2013 durch die Veröffentlichungen des Whistleblowers Edward Snowden weltweit enthüllt wurden, trat das Bumerang-Gesetz in Kraft: Ausgerechnet Jim Sensenbrenner war gezwungen, öffentlich gegen sein eigenes juristisches Werk anzutreten. Er äußerte sich zutiefst entsetzt darüber, dass die Überwachungsbehörden und der FISA-Court die von ihm geschaffenen Befugnisse systematisch pervertiert hatten.⁶³ Er konstatierte öffentlich, dass das Gesetz "niemals verabschiedet worden" wäre, wenn der Kongress auch nur geahnt hätte, dass es für die anlasslose, massenhafte Datensammlung amerikanischer Bürger eingesetzt würde.⁶³

Sensenbrenner wurde daraufhin ironischerweise gemeinsam mit dem Demokraten Patrick Leahy zum treibenden Verfechter des sogenannten *USA FREEDOM Act*, um genau die Überwachungsmaschinerie, die er selbst in Gang gesetzt hatte, wieder einzufangen und den ersten, zweiten und vierten Verfassungszusatz zu schützen.⁶⁴ Dieses Fallbeispiel illustriert in Reinkultur, dass legislative Ermächtigungen, die den Ermessensspielraum der Exekutive zum Zwecke der Sicherheit erweitern, von den ausführenden Bürokratien stets bis zum absoluten Limit – und oft weit darüber hinaus – gedehnt werden.¹⁶

5.2 Die Diversität und Pfadabhängigkeit der Repression

Politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten, die sich quantitativ mit dem Einsatz repressiver Methoden befassen, bestätigen diese Tendenz zur Ausweitung. Studien von Forschern wie Fariss und Schnakenberg zeigen, dass staatliche Repression stark pfadabhängig ist.⁶⁶ Staaten spezialisieren sich nicht auf ein einzelnes Instrument der Kontrolle (etwa nur Pressezensur). Stattdessen zeigen empirische Analysen auf Basis von Event-Daten, dass Regierungen, die einmal beginnen, Methoden der Kontrolle einzusetzen, ein immer diverseres Repertoire an repressiven Taktiken entwickeln ("diversity of repression").⁶⁶

Wenn eine Methode (z.B. direkte staatliche Zensur) durch Gerichte eingeschränkt wird, substituieren und komplementieren die Apparate diese durch subtilere Methoden (z.B. durch die Auslagerung der Zensurpflicht an private Konzerne, Überwachung von Geldflüssen oder soziale Marginalisierung von NGOs).⁶⁷ Die wissenschaftliche Evidenz widerlegt die Vorstellung,

man könne Repressionswerkzeuge präzise und isoliert einsetzen. Wer den Staat ermächtigt, die Äußerung von Gedanken zu kontrollieren, setzt eine Rutschbahn ("slippery slope") in Gang, die institutionell nur äußerst schwer wieder zu stoppen ist.⁶⁹

6. Die zeitgenössische Lage in Deutschland und Europa: Die "wehrhafte Demokratie" in der Krise

Die vom Fragesteller beobachtete Beschneidung demokratischer Rechte, der Meinungsfreiheit und die Sanktionierung von Andersdenkenden in Deutschland und Europa zeugen von exakt jener systematischen Dynamik, die in den vorherigen theoretischen Kapiteln hergeleitet wurde. Unter dem Mantel des Schutzes der "wehrhaften Demokratie" findet eine schleichende, aber radikale Transformation des Verfassungsstaates hin zu einem präventiven Überwachungsstaat statt.

6.1 Die Überdehnung der "Wehrhaften Demokratie"

Die Konzeption der "wehrhaften" oder "streitbaren" Demokratie ist ein deutsches Spezifikum. Sie wurde als direkte Reaktion auf das historische Scheitern der Weimarer Republik geprägt und sollte sicherstellen, dass Verfassungsfeinde sich nicht auf fundamentale Freiheitsrechte berufen können, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen heraus abzuschaffen.²² Ihr Kerninstrumentarium – wie die Möglichkeit des Parteiverbots durch das Bundesverfassungsgericht, die Verwirkung von Grundrechten oder die Beobachtung durch den Verfassungsschutz – war dogmatisch ursprünglich für absolute, existenzielle Ausnahmesituationen konzipiert und eng an eine objektive Gefährdung des Staates und aggressiv-kämpferisches Verhalten geknüpft.⁴⁷

Wissenschaftliche Analysen und jüngere verfassungsrechtliche Kritiken verdeutlichen jedoch in besorgniserregender Klarheit, dass sich das Konzept der wehrhaften Demokratie in den letzten Jahren enorm ausgedehnt hat und zunehmend "überdehnt" wird.²⁰ Die Schwelle, ab der staatliche Akteure, insbesondere die Ämter für Verfassungsschutz, präventiv eingreifen und observieren, wurde massiv herabgesetzt.²⁰

Dies äußert sich besonders eklatant in der Einführung des neuen Beobachtungsphänomens der **"verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates"**.²¹ Dieser extrem vage und juristisch unbestimmte Begriff verschiebt den Fokus des inlandsnachrichtendienstlichen Handelns von objektiven staatsgefährdenden Taten (wie Terrorismus, Vorbereitung von Umstürzen) auf die Ebene der reinen Meinungsäußerung. Äußerungen, die als grundlegende, systemische oder auch nur zynische Kritik an Regierungsentscheidungen interpretiert werden, können nun als Ansatzpunkt für staatliche Überwachung dienen.²¹

Kritiker aus der Rechts- und Politikwissenschaft warnen, dass dieses Vorgehen ein "Trojanisches Pferd" in der demokratischen Architektur darstellt: Wenn Regierungen, Ministerien und ihnen unterstellte Behörden selbst den Korridor definieren dürfen, was noch legitime Kritik und was bereits staatsgefährdende "Delegitimierung" ist, laufen Maßnahmen der "wehrhaften Demokratie" Gefahr, in kompetitiven Autoritarismus (Democratic Backsliding / Executive Aggrandizement) abzugleiten.²² Wenn der Staat strafrechtliche Normen nutzt, die als

"wachsweich" und hochgradig interpretierbar gelten (wie bei bestimmten Ausweitungen des § 130 StGB, Volksverhetzung), wird das Strafrecht vom legitimen Schutzinstrument zum potenziellen Werkzeug politischer Machtsicherung.²⁰

Wissenschaftler betonen, dass eine Demokratie, die ihre Bürger derart umfassend kontrolliert, zunehmend "militant" agiert. Auf dem Altar der vermeintlichen Selbstverteidigung werden die politische Konkurrenz, die dringend erforderliche Neutralität der staatlichen Institutionen und die Redefreiheit geopfert.²² Aus der wehrhaften Demokratie wird eine *intolerante Demokratie*.²²

6.2 Die Privatisierung der Zensur: NetzDG und das Digital Services Act (DSA)

Die systematische Privatisierung der Zensur stellt eine neue, hocheffiziente Dimension der Repressionsdynamik dar. Da direkte staatliche Zensur in westlichen Verfassungen meist explizit verboten ist (etwa durch Art. 5 GG), bedient sich der Staat eines Umwegs: Mit der Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) in Deutschland im Jahr 2017/2018 wurde den privaten Betreibern großer Social-Media-Plattformen (wie Facebook, Twitter, YouTube) unter Androhung drakonischer Millionenstrafen (bis zu 50 Millionen Euro) aufgebürdet, "offensichtlich rechtswidrige" Inhalte innerhalb einer starren Frist von 24 Stunden zu löschen.⁸¹

Dies führte prompt zu dem von Bürgerrechtlern und Juristen vorhersehbaren und vielfach gewarnten Phänomen des "Overblockings": Aus reiner wirtschaftlicher Risikoabwägung beauftragen die Konzerne Heerscharen von oft schlecht geschulten Moderatoren oder programmieren fehleranfällige Algorithmen, die im Zweifel lieber zu viel als zu wenig löschen.⁸² Völlig legale, aber kontroverse, polemische oder satirische Inhalte fielen massenhaft der Löschung zum Opfer.⁸¹

Dass die Revolution unweigerlich ihre eigenen Kinder frisst, manifestierte sich hier mit fast schon literarisch anmutender, zynischer Präzision: Der Architekt und eifrigste Verfechter dieses Gesetzes, der damalige Bundesjustizminister **Heiko Maas** (SPD), wurde selbst Opfer der algorithmischen Zensurmaschinerie, die er gegen massive gesellschaftliche Widerstände in Kraft gesetzt hatte.⁸³

Kurz nach Inkrafttreten des NetzDG im Januar 2018 sperrte Twitter einen älteren Tweet von Maas aus dem Jahr 2010, in dem er nach einem Besuch in einer Moschee seinen eigenen Parteikollegen Thilo Sarrazin salopp als "Idiot" bezeichnet hatte.⁸⁴ Nutzer hatten den Tweet massenhaft nach den neuen NetzDG-Regeln gemeldet. Die Maschinen und Moderatoren der Plattformen, angetrieben von der bloßen Angst vor den von Maas erdachten staatlichen Sanktionen, bewerteten keine politischen Nuancen, keine zeitlichen Kontexte und auch nicht den hohen politischen Rang des Autors.⁸¹ Der Versuch, den öffentlichen Diskurs durch juristische Daumenschrauben zu steuern, verselbstständigt sich in eine automatisierte, blinde Zensurinfrastruktur, die letztlich den Minister selbst mundtot machte.⁸⁹

Diese deutsche Dynamik wurde durch die Europäische Union mit dem **Digital Services Act (DSA)** potenziert und auf eine supranationale Ebene gehoben.⁹² Auch hier werden globale Technologiekonzerne durch horrenden Strafen (bis zu 6 % des globalen Jahresumsatzes) dazu gezwungen, als verlängerter Arm der staatlichen Meinungskontrolle zu agieren, oft unter dem

Vorwand, gegen Desinformation und illegale Inhalte vorzugehen.⁹⁴ Dem Gesetz droht laut politischen Beobachtern der gleiche, wenn nicht ein noch weitreichenderer Bumerang-Effekt.⁹² Es etabliert eine Struktur der zentralen "Wahrheitsfindung" bei politisch hochsensiblen Themen (wie Krisenmanagement, Migration, Pandemien), die durch die EU-Kommission gesteuert wird und jederzeit gegen unliebsame politische Strömungen gerichtet werden kann.⁹³ Die untenstehende Tabelle fasst die Mechanismen der Zensurgesetze zusammen:

Gesetzgebung	Initiator / Ebene	Ursprüngliche Intention	Mechanismen der Eigendynamik (Der Bumerang)
NetzDG	Deutschland (Justizministerium, Heiko Maas)	Eindämmung von echter Hasskriminalität und strafbaren Falschmeldungen.	Fines bis 50 Mio. Euro erzwingen "Overblocking". Legitime Satire (<i>Titanic</i>) und sogar Tweets des Justizministers selbst wurden durch die von ihm geschaffene Maschinerie gelöscht. ⁸²
DSA	Europäische Union (Kommission, Thierry Breton)	Regulierung von Monopolen, Schaffung eines sicheren digitalen Raumes.	Institutionalisierte Hinterzimmer-Absprachen mit Tech-Giganten führen zur globalen Zensur von politischem Diskurs. Führt zu massiven diplomatischen Konflikten mit Verbündeten (USA). ⁹⁶

6.3 Die Finanzierung von Vorfeldorganisationen: Das Demokratiefördergesetz

Die strukturelle Verfestigung dieser Diskurseinengung zeigt sich auch in nationalen Entwürfen wie dem umstrittenen Demokratiefördergesetz (DFG) in Deutschland, initiiert durch das Familienministerium (Lisa Paus) und das Innenministerium (Nancy Faeser).⁹⁹ Unter dem wohlklingenden Banner der Stärkung der "Zivilgesellschaft" und der Bekämpfung von Extremismus sollen ausgewählte zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs dauerhaft und massiv staatlich finanziert werden.¹⁰⁰

Kritiker aus dem gesamten juristischen und politischen Spektrum sehen darin jedoch einen gefährlichen "Etikettenschwindel" und warnen vor der Errichtung eines "Obrigkeitsstaates".⁴ Die Kritik entzündet sich primär daran, dass der Staat gezielt jene Vorfeldorganisationen und Think

Tanks finanziert, die präzise auf der ideologischen Linie der jeweils amtierenden Regierung operieren. Diese staatlich bezahlten Gruppen übernehmen dann die Aufgabe, die politische Opposition der Regierung im vorpolitischen Raum zu delegitimieren und gesellschaftlich zu ächten.⁴

Der Zivilgesellschafts-Sachverständige Rupert Graf Strachwitz und andere Beobachter betrachten derartige Gesetzesvorhaben als durchsichtigen Versuch der Ministerien, "die Zivilgesellschaft zu unterwerfen".¹⁰¹ Echte, staatsunabhängige Zivilgesellschaft wird durch staatliche Geldflüsse korrumpiert, abhängig gemacht und letztlich zur ausgelagerten PR-Abteilung der Regierung ("shrinking civic space").¹⁰¹ Auch verfassungsrechtliche Gutachten – unter anderem durch Christoph Möllers sowie die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags – warfen erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit, der Gesetzgebungskompetenz des Bundes sowie am Mangel eines Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der geförderten Vereine auf.⁹⁹

In der Theorie von Robert Michels ist dies ein weiteres klassisches Symptom der oligarchen Selbstabsicherung: Der Staat schützt die Demokratie nicht mehr primär durch rechtsstaatliche Institutionen und politische Neutralität, sondern durch die staatliche Subventionierung einer spezifischen, der Regierung genehmen Weltanschauung.³⁹

6.4 Internationale Kritik am Abbau der Meinungsfreiheit: Der Blick von außen

Die Systematik dieser Eingriffe ist mittlerweile so eklatant und weitreichend, dass sie massive internationale Kritik auf sich zieht, insbesondere aus den Vereinigten Staaten. Die USA, deren erstes Verfassungsamendment (First Amendment) eine grundlegend abweichende, weit weniger bevormundende und wesentlich robustere Sicht auf die Meinungsfreiheit vertritt, betrachten die europäische Entwicklung mit großer Sorge.⁵

Im offiziellen Jahresbericht zur weltweiten Menschenrechtslage 2024 (*Country Reports on Human Rights Practices*) konstatierte das US-Außenministerium in beispielloser hartem Tonfall, dass sich die Menschenrechtslage in Deutschland im Laufe des Jahres erheblich verschlechtert habe.⁵ Der Bericht kritisierte explizit die zunehmende **Einschränkung der Meinungsfreiheit** in Deutschland und wendete – ein historisch bemerkenswerter Vorgang gegenüber einem engen Verbündeten – erstmals unmissverständlich den Begriff "Zensur" (censorship) auf die Verpflichtungen sozialer Netzwerke zur Löschung von "Hate Speech" an.⁵ Die US-Regierung monierte scharf, dass die Bundesregierung unter der weit gefassten Berufung auf "Extremismus" die legitime politische Redefreiheit beschneide und das Vorgehen gegen regierungskritische Publizisten bedenklich sei.⁵

Noch drastischer fallen die Reaktionen gegenüber den supranationalen europäischen Regulierungen des DSA aus. Ein veröffentlichter Untersuchungsbericht des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses vom Sommer 2025 prangerte die Europäische Union an, durch das DSA eine beispiellose "Zensur von Kernfragen des politischen Diskurses" nicht nur in Europa, sondern weltweit zu erzwingen.⁹⁶ Der Bericht stützte sich auf interne E-Mails, die belegen, dass die EU-Kommission in Hinterzimmer-Meetings massiven Druck auf

Tech-Konzerne ausübt, abweichende Meinungen zu Themen wie Migration, Transgender-Richtlinien und Gesundheitspolitik zu unterdrücken.⁹⁶

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten: Die US-Regierung unter Donald Trump ergriff beispiellose migrations- und sanktionsrechtliche Maßnahmen. Sie verweigerte führenden europäischen Befürwortern und Architekten dieser digitalen Zensurgesetze – darunter den Leiterinnen deutscher NGOs (HateAid, CCDH) sowie dem ehemaligen EU-Digitalkommissar Thierry Breton – schlichtweg die Einreise in die USA.⁹⁸ Die Begründung: Diese Akteure seien durch ihre Gesetzgebung und Kampagnen aktiv an der "Zensur amerikanischer Standpunkte" beteiligt und würden sich extraterritorial in die US-Meinungsfreiheit einmischen.⁹⁸ Dieses drastische Eingreifen zeigt auf der geopolitischen Makroebene, wie Gesetze, die als "Verteidigung der Demokratie" konzipiert wurden, von den Demokratien der Verbündeten als fundamental illiberaler Autoritarismus wahrgenommen und bekämpft werden.

7. Psychologische und gesellschaftliche Folgen: Die Architektur der Selbstzensur

Die gefährlichste und nachhaltigste Zweitrundendynamik repressiver Gesetzgebung ist nicht die direkte juristische Bestrafung von Individuen, sondern die gesellschaftsweite Etablierung eines Klimas der Unsicherheit, Angst und Konformität. Soziologische Studien zur politischen Repression und zur Etablierung autoritärer Tendenzen belegen immer wieder, dass weitreichende Selbstzensur das eigentliche, unsichtbare Fundament weitreichender Diskurskontrolle bildet.¹⁰⁶

Das Phänomen wirkt zutiefst selbstverstärkend (self-reinforcing).¹⁰⁶ Der Soziologe Timur Kuran beschrieb dies treffend mit dem Konzept der *Präferenzverfälschung* (Preference Falsification): Wenn Bürger aus Angst vor gesellschaftlichen, beruflichen oder juristischen Sanktionen (wie dem Vorwurf der "Delegitimierung", dem Risiko eines "Shitstorms" oder dem Verlust des Arbeitsplatzes) beginnen, ihre wahren politischen Präferenzen im öffentlichen Raum zu verschweigen oder zu modifizieren, entsteht unweigerlich die falsche Illusion einer breiten gesellschaftlichen Übereinstimmung mit dem Status quo.¹⁰⁶ Andere Bürger, die ebenfalls abweichende Ansichten hegen, sehen diese künstliche Homogenität, fühlen sich isoliert und schweigen ihrerseits (die sogenannte "Schweigespirale").

Eine repräsentative Umfrage des renommierten Instituts für Demoskopie Allensbach (durchgeführt im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung im Jahr 2024/2025) bestätigt diese toxische Entwicklung in Deutschland empirisch und auf erschreckende Weise: Nur noch eine Minderheit von 41 Prozent der Befragten hat aktuell das Gefühl, in Deutschland "überall sagen zu können, was man möchte, ohne Konsequenzen zu riskieren".¹⁰⁸ Dramatische 60 Prozent der Bürger geben offen an, heute deutlich vorsichtiger bei Meinungsäußerungen zu sein, weil sie gravierende negative Reaktionen befürchten.¹⁰⁸ Über die Hälfte der Befragten (51 Prozent) hat bereits selbst konkrete negative Konsequenzen (Anfeindungen, soziale Ausgrenzung) nach einer freien Meinungsäußerung erlebt.¹⁰⁸

Wenn Menschen das dauerhafte Gefühl haben, ständig unter der moralischen und politischen

Überwachung durch den Staat, durch geförderte NGOs oder durch ihr eigenes soziales Umfeld zu stehen, verfallen sie psychologisch in eine ständige "Hypervigilanz" (eine extreme Wachsamkeit zur Vermeidung von Fehlern).¹⁰⁹ Dies führt zu emotionaler Erschöpfung, sozialer Isolation und letztlich zu einer tiefgehenden politischen Entfremdung vom demokratischen System.¹⁰⁹ Ein subjektives Gefühl der politischen Machtlosigkeit führt interessanterweise zunächst oft zu einer paradoxen Systemrechtfertigung (System Justification), bricht jedoch abrupt zusammen, sobald der Druck zu groß wird.¹¹⁰

Der Staat, der versucht, die Demokratie zu "schützen", indem er den Rand des politisch Erlaubten immer weiter in die Mitte der Gesellschaft verschiebt, erreicht langfristig exakt das zerstörerische Gegenteil: Er höhlt das eigentliche Fundament der Demokratie – den freien, unbequemen, kontroversen und auch radikalen Diskurs – strukturell aus. Er züchtet eine Gesellschaft der Misstrauischen, der Angepassten und der Schweigenden. Wie soziologische Forschungen zur Unterdrückung von abweichenden Meinungen warnend aufzeigen, birgt eine auf derartiger Präferenzverfälschung basierende Stabilität ein immenses Risiko für eine plötzliche, eruptive Destabilisierung. Sobald ein "Tipping Point" erreicht ist und eine kritische Masse der Bevölkerung beschließt, die Furcht abzulegen und ihre wahre Meinung synchron zu äußern, bricht die scheinbare Legitimität des Systems in kürzester Zeit in sich zusammen.¹⁰⁶

8. Fazit: Die unausweichliche Gesetzmäßigkeit der Repressionsmaschinerie

Die eingangs aufgeworfene Frage des Nutzers, ob es eine Logik und Gesetzmäßigkeit darstellt, dass Regulierungen, die zur Einschränkung der Meinungsfreiheit und zur Sanktionierung von Andersdenkenden etabliert werden, sich gegen ihre eigenen Initiatoren richten, lässt sich auf Basis historischer, soziologischer und politologischer Evidenz unmissverständlich beantworten:

Ja, dieses Phänomen ist hochgradig systematisch, es ist empirisch belegbar und es muss in strukturierten Herrschaftssystemen als nahezu naturgesetzlich betrachtet werden.

Dieser Prozess ist niemals das Resultat von Zufällen und auch keine Frage des bloßen moralischen Versagens einzelner politischer Akteure. Er ist vielmehr eine strukturelle Grundeigenschaft von Bürokratien, juristischen Apparaten und Systemen der sozialen Kontrolle. Die Analyse hat folgende Kernmechanismen dieser unausweichlichen Logik freigelegt:

1. **Die Logik der Eskalation und Feindbildproduktion:** Wer die Lösung komplexer politischer Probleme (wie das Erstarken des Populismus, die Verbreitung von Desinformation oder das Aufkommen von Hass) nicht im freien, argumentativen Diskurs sucht, sondern im juristischen Verbot, betritt eine institutionelle Einbahnstraße. Da verbale und ideologische Grenzen in einer Gesellschaft stets fließend sind, ist der geschaffene Kontrollapparat gezwungen, seine Definition von "Gefahr" kontinuierlich auszuweiten, um seine eigene Existenz zu rechtfertigen (Feindbildproduktion nach Senghaas).¹⁰ Die Revolution der Kontrolle verschlingt ihre Väter, weil das Reinheitsgebot beständig wächst.
2. **Der fatale Wechsel vom objektiven Recht zur subjektiven Moral:** Sowie

Gesellschaften den soliden Boden der objektiven Strafbarkeit (z. B. den Aufruf zu direkter physischer Gewalt oder Hochverrat) verlassen und beginnen, zutiefst subjektive Empfindungen und interpretierbare Konzepte ("Hass", "Beleidigung", "Delegitimierung des Staates") juristisch zu sanktionieren, wird das Recht inhärent willkürlich.²⁰ Wie Herbert Marcuses populäre Theorie der *Repressiven Toleranz* belegt, wird diese juristische Willkür dann gezielt, asymmetrisch und als Waffe gegen die jeweilige politische Opposition eingesetzt.¹⁹ Das Pendel schlägt unweigerlich und mit voller Wucht zurück, sobald sich die politischen Machtverhältnisse verschieben, da das Werkzeug der Zensur bereits geschmiedet bereitliegt.

3. **Das Eiserne Gesetz der Oligarchie und die Eigendynamik der Maschine:** Die gesetzliche Delegation von Diskursmacht an Geheimdienste, an profitorientierte private Tech-Monopole (via NetzDG und DSA) und an staatlich dauerfinanzierte Vorfeldorganisationen schafft eine neue oligarchische Elite.³⁹ Diese Elite ist systemisch an der Aufrechterhaltung der Krise interessiert, um ihre Macht zu sichern. Die *"Maschine läuft von selbst"* (Carl Schmitt) und exekutiert blind ihre Algorithmen.¹⁵ Dies ist die schmerzhafteste Lektion, die Justizminister Heiko Maas durch die algorithmische Zensur seines eigenen Tweets sehr praxisnah veranschaulicht bekam.⁸³

Wer den Schutz der Demokratie ernsthaft dadurch zu gewährleisten versucht, dass er Kernprinzipien wie die absolute Meinungsfreiheit, die Unschuldsvermutung und den freien politischen Wettbewerb einschränkt, baut in Wahrheit das Fundament für ein Instrument der Tyrannei. Die Geschichte – angefangen bei Danton unter der Guillotine in Frankreich über die exekutierten NKWD-Chefs in der stalinistischen Sowjetunion bis hin zu den entsetzten Architekten moderner Überwachungs- und Zensurgesetze wie Jim Sensenbrenner in den USA – liefert den unwiderlegbaren, in Blut und Tinte geschriebenen Beweis: Wer die Zähne der staatlichen Zensur- und Überwachungsmaschinerie schärft, läuft stets Gefahr, dass sein eigener Kopf der nächste ist, der rollt.²⁶ Dauerhaft ist bei jeglicher Beschneidung von Freiheitsrechten zugunsten von staatlich verordneter Gesinnungshygiene zwingend und systematisch mit diesem Bumerang-Effekt zu rechnen.

Referenzen

1. Literatur Und Politik: Analyse Der Revolutionären Figuren in Deutschsprachigen Und Afrikabezogenen Theaterstücken, Zugriff am Februar 21, 2026, http://erepository.uonbi.ac.ke/bitstream/handle/11295/161682/Kombass%C3%A9r%C3%A9_Literatur%20Und%20Politik,%20Analyse%20Der%20Revolution%C3%A4ren%20Figuren%20in%20Deutschsprachigen%20Und%20Afrikabezogenen%20Theaterst%C3%BCcken.pdf?sequence=1
2. Politik der jouissance. Ideologietheoretische Überlegungen zur Funktion von Konsum im Kontext der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse - MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://phaidra.univie.ac.at/api/object/o:1395495/get>
3. Kritische Lektionen - OAPEN Library, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://library.oapen.org/bitstream/id/2567eff6-ce75-49b2-b4b1-1b084868f965/9>

[783903122871.pdf](#)

4. Scharfer Disput über Meinungsfreiheit in Deutschland - Deutscher Bundestag, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw08-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-990908>
5. Nach US-Bericht: Ist die Meinungsfreiheit in Gefahr? - ZDFheute, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.zdfheute.de/politik/usa-meinungsfreiheit-deutschland-experten-100.html>
6. What Is an Illiberal Democracy? How Is It Created? | LibertiesEU | liberties.eu, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.liberties.eu/en/stories/illiberal-democracy/45096>
7. The Iron Law of Oligarchy: A Cautionary Tale for RCOs - Chestnut Health Systems, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://chestnut.org/li/william-white-library/blogs/article/2021/09/the-iron-law-of-oligarchy-a-cautionary-tale-for-rcos>
8. Kapitel 10 Systemtheoretische Erklärungsansätze - Ruhr-Universität Bochum, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.ruhr-uni-bochum.de/rsozinfo/pdf/Roehl-RS-kap10.pdf>
9. Oligarchy - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://en.wikipedia.org/wiki/Oligarchy>
10. Feindbilder: Ansätze und Probleme ihrer Erforschung - Universität Augsburg, Zugriff am Februar 21, 2026, https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/53262/file/InlIS-AP_01-22_Weller_Feindbilder.pdf
11. AI is Destroying the University and Learning Itself - Current Affairs, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.currentaffairs.org/news/ai-is-destroying-the-university-and-learning-itself>
12. AI is Destroying the University and Learning Itself. Students use AI to write papers, professors use AI to grade them, degrees become meaningless, and tech companies make fortunes. Welcome to the death of higher education. : r/BetterOffline - Reddit, Zugriff am Februar 21, 2026, https://www.reddit.com/r/BetterOffline/comments/1pcjc5t/ai_is_destroying_the_university_and_learning/
13. JOURNAL OF LAW AND ADMINISTRATIVE SCIENCES, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://jolas.ro/wp-content/uploads/2023/12/jolas-no.20.pdf>
14. Revolutionstribunal eingerichtet - wissenschaft.de, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.wissenschaft.de/zeitpunkte/revolutionstribunal-eingerichtet/>
15. The mystery of lawlessness (Chapter 7) - Law, Liberty and State, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.cambridge.org/core/books/law-liberty-and-state/mystery-of-lawlessness/CCBAE079529310EDCA5E64E3FBF2BA30>
16. Global Constitutionalism 2012 - Documents Collection Center, Zugriff am Februar 21, 2026,

- <https://documents.law.yale.edu/sites/default/files/global-constitutionalism-2012.pdf>
17. A Global History of Ideas in the Language of Law - OAPEN Library, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://library.oapen.org/bitstream/20.500.12657/47096/1/gplh-16-9783944773308.pdf>
 18. THE "OTHERING" PROCESS: EXPLORING THE INSTRUMENTALIZATION OF LAW IN MIGRATION POLICY - eScholarship@McGill, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://escholarship.mcgill.ca/downloads/7p88cj186.pdf>
 19. Tolerance - New Discourses, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://newdiscourses.com/tftw-tolerance/>
 20. Zart im Nehmen - Verfassungsblog, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://verfassungsblog.de/zart-im-nehmen/>
 21. Erfolgreiche Klage des bayerischen Landesverbands der Partei "Alternative für Deutschland" gegen seine Beobachtung durch - Bayern.Recht, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Pdf/Y-300-Z-BECKRS-B-2024-N-31562?all=False>
 22. Against Militant Democracy | German Law Journal | Cambridge Core, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.cambridge.org/core/journals/german-law-journal/article/against-militant-democracy/422AC58C6A6701CA7B6593D334F050E3>
 23. Thinking EU Militant Democracy beyond the Challenge of Backsliding Member States | European Constitutional Law Review - Cambridge University Press & Assessment, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.cambridge.org/core/journals/european-constitutional-law-review/article/thinking-eu-militant-democracy-beyond-the-challenge-of-backsliding-member-states/F70D0B17219FC903887DADAA6B735F06>
 24. Gesetz vom 22. Prairial II - republique.de, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://republique.de/prairialgesetz/prairialgesetz.html>
 25. Law of 22 Prairial - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, https://en.wikipedia.org/wiki/Law_of_22_Prairial
 26. The Price of Virtue: Robespierre and the Machinery of Terror – Part 2 - YouTube, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=pe4hl5NKpk4>
 27. Anatomy of a Revolution Book Summary | Study.com, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://study.com/academy/lesson/anatomy-of-a-revolution-book-summary.html>
 28. Great Purge - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, https://en.wikipedia.org/wiki/Great_Purge
 29. NKVD - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://en.wikipedia.org/wiki/NKVD>
 30. Nikolai Yezhov: A Portrait of the "Bloody Dwarf". Part 2: Terror and Downfall, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://communistcrimes.org/en/nikolai-yezhev-portrait-bloody-dwarf-part-2-terror-and-downfall>
 31. The Roles of Yagoda, Yezhov & Beria (Edexcel A Level History): Revision Note, Zugriff am Februar 21, 2026,

<https://www.savemyexams.com/a-level/history/edexcel/15/route-e-communist-states-in-the-twentieth-century/revision-notes/paper-1-option-1e-russia-1917-91-from-lenin-to-yeltsin/control-of-the-people-in-the-ussr-1917-1985/the-roles-of-yagoda-yezhov-and-beria/>

32. Lavrenti Beria Executed - History Today, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.historytoday.com/archive/months-past/lavrenti-beria-executed>
33. The Role of Law and Lawyers in Ethiopia's Civil War, 2018–2024, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://insight.dickinsonlaw.psu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1266&context=dlr>
34. Die Revolution frisst ihre Kinder - Mangelnde Legitimation, pädagogische Gewalt und organisierter Terror unter den Roten Khmer, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://hasp.ub.uni-heidelberg.de/journals/iaf/article/download/102/97>
35. Jan Rickermann - »Dying for the sake of the people...« - Warum der »perfekte Sozialist« der Roten Khmer immer schon dem Kollektiv geopfert ist, Zugriff am Februar 21, 2026, http://oops.uni-oldenburg.de/4570/1/16_rickermann.pdf
36. Crane Brinton's Anatomy of a Revolution:, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://lacc.fiu.edu/outreach/k-12/online-lesson-plans-and-teacher-resources/cranebrinton-revolutions-chart.pdf>
37. The Anatomy of Revolution - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, https://en.wikipedia.org/wiki/The_Anatomy_of_Revolution
38. Crane Brinton: The Anatomy of Revolution – Revolutions: Theorists, Theory and Practice, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://colorado.pressbooks.pub/revolution/chapter/crane-brinton-the-anatomy-of-revolution/>
39. Iron law of oligarchy - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026, https://en.wikipedia.org/wiki/Iron_law_of_oligarchy
40. Robert Michels, the rise of the mass party, and the debate over democracy and oligarchy - Scholars Archive, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://scholarsarchive.library.albany.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1381&context=legacy-etd>
41. Iron Law of Oligarchy | Overview, Leader & Criticism - Lesson - Study.com, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://study.com/academy/lesson/robert-michels-the-iron-law-of-oligarchies-in-organizations.html>
42. dissolution of political parties: The problem of internal democracy - Oxford Academic, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://academic.oup.com/icon/article/4/1/84/728375>
43. (PDF) Why Michels' 'iron law of oligarchy' is not an iron law – and how democratic organisations can stay 'oligarchy-free' - ResearchGate, Zugriff am Februar 21, 2026, https://www.researchgate.net/publication/322938266_Why_Michels_'iron_law_of_oligarchy'_is_not_an_iron_law_-_and_how_democratic_organisations_can_stay_'oligarchy-free'
44. SFB-Jahrestagung Unter dem Radar – Dynamiken der Latenz im Feld der Wachsamkeit, Zugriff am Februar 21, 2026,

- <https://www.sfb1369.uni-muenchen.de/veranstaltungen/chronik/sfb-jahrestagung-25/expose-abstracts-jahrestagung.pdf>
45. Soziale Dynamik und politische Steuerung: Theoretische und methodologische Überlegungen - MPG.PuRe, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://pure.mpg.de/rest/items/item_1235683/component/file_1235681/content
 46. Die Kultur und ihre Narrative: Eine Einführung [2. überarb. u. erw. Auflage] 3211476865, 9783211476864, 9783211694787 - DOKUMEN.PUB, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://dokumen.pub/die-kultur-und-ihre-narrative-eine-einfhrung-2-berarb-u-erw-auflage-3211476865-9783211476864-9783211694787.html>
 47. Erfolgreiche Klage des bayerischen Landesverbands der Partei "Alternative für Deutschland" gegen seine Beobachtung durch den dortigen Verfassungsschutz - Bayern.Recht, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2024-N-31562?hl=true>
 48. 'Now the Machine Runs Itself': Carl Schmitt on Hobbes and Kelsen - ResearchGate, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://www.researchgate.net/publication/254874221_'Now_the_Machine_Runs_Itself'_Carl_Schmitt_on_Hobbes_and_Kelsen
 49. Constituent power and Carl Schmitt's theory of constitution in Kenya's constitution-making process - Oxford Academic, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://academic.oup.com/icon/article/9/3-4/587/657635>
 50. The Importance of Dystopian Hypotheticals: Towards an Ethical Turn in Liberal Political Philosophy - White Rose Research Online, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://eprints.whiterose.ac.uk/id/eprint/198264/1/2402_Article_Text_10234_1_10_2_0221102.pdf
 51. Carl Schmitt in Hungary: Constitutional Crisis in the Shadow of Covid-19 - EUI Cadmus, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://cadmus.eui.eu/server/api/core/bitstreams/3b8dd0a4-a237-518f-b21c-d55540ea5084/content>
 52. Paradox of tolerance - Wikipedia, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://en.wikipedia.org/wiki/Paradox_of_tolerance
 53. The Paradox of Repressive Tolerance - RBJones.com, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.rbjones.com/rbjpub/www/papers/p038.pdf>
 54. The Spirit of America Under Siege: Introducing the Notion of Vindictive Tolerance, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.hks.harvard.edu/centers/carr-ryan/our-work/carr-ryan-commentary/vindictive-tolerance>
 55. Repressive Tolerance by Herbert Marcuse, a call for discussion. : r/CriticalTheory - Reddit, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://www.reddit.com/r/CriticalTheory/comments/p19o3l/repressive_tolerance_by_herbert_marcuse_a_call/
 56. Progressiver Rückzug | SALTO, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://salto.bz/de/article/06102019/progressiver-rueckzug>
 57. UNINTENDED CONSEQUENCES - OAPEN Library, Zugriff am Februar 21, 2026,

- <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/32044/619479.pdf?sequence=1&isAllowed=y>
58. The Law of Unintended Consequences - Marginal REVOLUTION, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://marginalrevolution.com/marginalrevolution/2008/01/the-law-of-unin.html>
 59. Ultra Easy Monetary Policy and the Law of Unintended Consequences - Federal Reserve Bank of Dallas, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.dallasfed.org/-/media/documents/institute/wpapers/2012/0126.pdf>
 60. How to Tackle Europe's Digital Democracy Challenges, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://carnegieendowment.org/research/2020/10/how-to-tackle-europes-digital-democracy-challenges>
 61. End Mass Surveillance Under the Patriot Act | American Civil Liberties Union, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.aclu.org/end-mass-surveillance-under-the-patriot-act>
 62. Life and Liberty Archive - Justice Department, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.justice.gov/archive/ll/archive.htm>
 63. Sensenbrenner wants tweaks to his own Patriot Act - MS NOW, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.ms.now/msnbc/the-patriot-act-never-would-have-passed-msna215721>
 64. The USA FREEDOM Act is Real Spying Reform | American Civil Liberties Union, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.aclu.org/news/national-security/usa-freedom-act-real-spying-reform>
 65. USA FREEDOM Act Seeks to Right Wrongs of NSA Surveillance, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://charityandsecurity.org/news/usa_freedom_act_amend_nsa_surveillance/
 66. Measuring State Repressive Repertoires with Events Data Forthcoming, Journal of Peace Research, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://eprints.lse.ac.uk/112184/1/The_Diversity_of_Repression.pdf
 67. Measuring Mutual Dependence between State Repressive Actions - Christopher Fariss, Zugriff am Februar 21, 2026,
<http://cfariss.com/documents/FarissSchnakenberg2014JCR.pdf>
 68. Measuring Mutual Dependence Between State Repressive Actions - SSRN, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1450050
 69. Stephen Rohde, review essay: Is 'hate speech' free speech? - First Amendment News 414, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.thefire.org/news/blogs/ronald-kl-collins-first-amendment-news/stephen-rohde-review-essay-hate-speech-free>
 70. Hate Speech in the Digital Age: Balancing Constitutional Freedoms with Just Regulation - DigitalCommons@UMaine, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://digitalcommons.library.umaine.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2082&context=mpr>

71. A Shifting Balance: Freedom of Expression and Hate-Speech Restriction Essay - Alabama Law Scholarly Commons, Zugriff am Februar 21, 2026, https://scholarship.law.ua.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1131&context=fac_essays
72. In Defense of the Slippery Slope - UCLA Law, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www2.law.ucla.edu/Volokh/slipperymag.pdf>
73. How Democracies Defend Themselves Against Authoritarianism, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.americanprogress.org/article/how-democracies-defend-themselves-against-authoritarianism/>
74. Full article: Civic lifelong education: fostering informed citizenship amidst global challenges and democratic transformations - Taylor & Francis, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02601370.2023.2234133>
75. LAW OCRACY ELOPMENT LAW DEMOCRACY & DEVELOPMENT - SciELO South Africa, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://scielo.org.za/pdf/ldd/v23/11.pdf>
76. Oberverwaltungsgericht NRW, 16 A 906/11, Zugriff am Februar 21, 2026, https://nrwe.justiz.nrw.de/pdfdownload/downloadEntscheidung.php?entscheidung=/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2018/16_A_906_11_Urteil_20180313.html
77. Defining Key Concepts | IFES - The International Foundation for Electoral Systems, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.ifes.org/pub/Paths-to-Democratic-Resilience-in-an-Era-of-Backsliding/Defining-key-concepts>
78. U.S. Democratic Backsliding in Comparative Perspective, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/research/2025/08/us-democratic-backsliding-in-comparative-perspective>
79. Defending democracy: Militant and popular models of democratic self-defense - CBS Research Portal, Zugriff am Februar 21, 2026, https://research.cbs.dk/files/93942085/rune_m_ller_stahl_et_al_defending_democracy_publishersversion.pdf
80. Full article: What militant democrats and technocrats share, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13698230.2020.1782047>
81. Kritik am Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Die Definition von Hass | taz.de, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://taz.de/Kritik-am-Netzwerkdurchsetzungsgesetz/!5474062/>
82. Kampf gegen Hasskriminalität: Massive Kritik an Heiko Maas' Hate-Speech-Gesetz, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.tagesspiegel.de/politik/massive-kritik-an-heiko-maas-hate-speech-gesetz-5495317.html>
83. Der deutsche Justizminister wird das Opfer seines eigenen Facebook-Gesetzes - Watson, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.watson.ch/international/deutschland/162117026-autsch-der-deutsche-justizminister-wird-das-opfer-seines-eigenen-facebook-gesetzes>
84. Journalistenverband: NetzDG ist „Gaga-Vorschrift“ - Pro-medienmagazin.de, Zugriff am Februar 21, 2026,

- <https://www.pro-medienmagazin.de/journalistenverband-netzdg-ist-gaga-vorschrift/>
85. Wirklich berechtigte Kritik? - PUBLICUS, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://publicus.boorberg.de/wirklich-berechtigte-kritik/>
86. NetzDG: Berechtigtes Getöse um ein dämliches Gesetz - DER SPIEGEL, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.spiegel.de/netzwelt/web/netzdg-berechtigtes-getoese-um-ein-daemliches-gesetz-a-1185973.html>
87. Thilo Sarrazin spricht über "Idioten"-Tweet von Heiko Maas - FOCUS online, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://www.focus.de/politik/deutschland/hass-reden-im-internet-thilo-sarrazin-spricht-ueber-idioten-tweet-von-heiko-maas_id_8267235.html
88. Heiko Maas: Tweet über Thilo Sarrazin gelöscht - DER SPIEGEL, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/netzdg-heiko-maas-tweet-ueber-thilo-sarrazin-verschwunden-a-1186747.html>
89. Drucksache 19/22610 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/226/1922610.pdf>
90. Evaluation des NetzDG Im Auftrag des BMJV, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://kripoz.de/wp-content/uploads/2020/09/090920_Juristisches_Gutachten_Netz.pdf
91. Das NetzDG und die Vermutung für die Freiheit der Rede - Verfassungsblog, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://verfassungsblog.de/das-netzdg-und-die-vermutung-fuer-die-freiheit-der-rede/>
92. The Role of the European Union in Protecting Democracy through Legislation: The Case of Disinformation, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.europeanpapers.eu/e-journal/role-european-union-protecting-democracy-through-legislation-case-disinformation>
93. Social media platforms and challenges for democracy, rule of law and fundamental rights - European Parliament, Zugriff am Februar 21, 2026,
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/743400/IPOL_STU\(2023\)743400_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/743400/IPOL_STU(2023)743400_EN.pdf)
94. Brussels hold'em: European cards against Trumpian coercion, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://ecfr.eu/publication/brussels-holdem-european-cards-against-trumpian-coercion/>
95. Crossing the regulatory Rubicon: The future of digital regulation is being defined in Europe, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.brookings.edu/articles/crossing-the-regulatory-rubicon-the-future-of-digital-regulation-is-being-defined-in-europe/>
96. The Foreign Censorship Threat: How the European Union's Digital Services Act Compels Global Censorship and Infringes on American Free Speech | Report - House Judiciary Committee, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://judiciary.house.gov/media/press-releases/foreign-censorship-threat-how->

- [european-unions-digital-services-act-compels](#)
97. 'EU meddled in US elections': Jim Jordan drops bombshell at explosive House hearing, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.youtube.com/watch?v=eTjdkKfyNQ>
 98. U.S. bars five Europeans it says pressured tech firms to censor American viewpoints online, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.pbs.org/newshour/politics/u-s-bars-five-europeans-it-says-pressure-d-tech-firms-to-censor-american-viewpoints-online>
 99. 34. Sitzung 27.03.2023 Wortprotokoll - Deutscher Bundestag, Zugriff am Februar 21, 2026,
https://www.bundestag.de/resource/blob/949478/931e0b071b64f38bc64753232269e14c/34-Sitzung_27-03-2023_Wortprotokoll.pdf
 100. Stellungnahme zum Vorhaben eines Demokratiefördergesetzes - Amadeu Antonio Stiftung, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/stellungnahme-zum-vorhaben-eines-demokratiefoerdergesetzes-63699/>
 101. Das Demokratiefördergesetz ist tot - Maecenata Stiftung, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.maecenata.eu/2024/03/07/das-demokratiefoerdergesetz-ist-tot/>
 102. Antrag - Landtag NRW, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-9171.pdf>
 103. Streit um staatliche Förderung - Das Demokratiefördergesetz liegt auf Eis - Deutschlandfunk, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/demokratiefoerdergesetz-100.html>
 104. Of Systems Thinking and Straw Men - Harvard Law Review, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://harvardlawreview.org/forum/vol-136/of-systems-thinking-and-straw-men/>
 105. Kritik aus Washington - Bundesregierung weist Vorwurf fehlender Meinungsfreiheit in Deutschland zurück - Deutschlandfunk, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/bundesregierung-weist-vorwurf-fehlender-meinungsfreiheit-in-deutschland-zurueck-108.html>
 106. Full article: Echoes of silence: how social influence fosters self-censorship under democratic backsliding - Taylor & Francis, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13510347.2025.2455127>
 107. 8 Social Hierarchy: The Self-Reinforcing Nature of Power and Status - MIT, Zugriff am Februar 21, 2026,
[https://web.mit.edu/curhan/www/docs/Articles/15341_Readings/Power/Magee,%20OJ.%20C.,%20&%20Galinsky,%20A.%20D.%20\(2008\).%20Social%20hierarchy-%20The%20self%E2%80%90reinforcing%20nature%20of%20power%20and%20status..pdf](https://web.mit.edu/curhan/www/docs/Articles/15341_Readings/Power/Magee,%20OJ.%20C.,%20&%20Galinsky,%20A.%20D.%20(2008).%20Social%20hierarchy-%20The%20self%E2%80%90reinforcing%20nature%20of%20power%20and%20status..pdf)
 108. Umfrage zur Meinungsfreiheit - Friedrich-Naumann-Stiftung, Zugriff am Februar 21, 2026,
<https://www.freiheit.org/de/deutschland/umfrage-zur-meinungsfreiheit-juengere->

[und-social-media-nutzer-fuehlen-sich-haeufiger](#)

109. Exhaustion, Adversity, and Repression: Emotional Attrition in High-Risk Activism | Perspectives on Politics - Cambridge University Press & Assessment, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://www.cambridge.org/core/journals/perspectives-on-politics/article/exhaustion-adversity-and-repression-emotional-attrition-in-highrisk-activism/9DAFE6B5D8C6853B3FC566730749E49B>
110. A Sense of Powerlessness Fosters System Justification: Implications for the Legitimation of Authority, Hierarchy, and Government - Yale Law School, Zugriff am Februar 21, 2026, https://law.yale.edu/sites/default/files/area/center/justice/document/a_sense_of_powerlessness_fosters_system_justification.pdf
111. THE SLIPPERY SLOPE OF AUTHORITARIANISM - USING HUMAN RIGHTS TO ANTICIPATE AND PREVENT CONFLICT - Geneva Academy, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://geneva-academy.ch/wp-content/uploads/2025/11/Using-Human-Rights-to-Anticipate-and-Prevent-Conflict.pdf>
112. Hate Speech in Constitutional Jurisprudence: A Comparative Analysis - LARC @ Cardozo Law, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://larc.cardozo.yu.edu/context/faculty-articles/article/1147/viewcontent/uc.pdf>
113. Hate Speech - Stanford Encyclopedia of Philosophy, Zugriff am Februar 21, 2026, <https://plato.stanford.edu/entries/hate-speech/>